Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5147**

17. Wahlperiode 21. 03. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/4671 –

Solidarität mit den Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern – Beendigung der deutschen Unterstützung von Diktatoren

A. Problem

Der Deutsche Bundestag solidarisiert sich mit den demokratischen Bewegungen weltweit.

Das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte zuerst in Tunesien und nun in Ägypten und vielen anderen Ländern der Region ermutigt Millionen Menschen in der Region zum Widerstand gegen ihre Regime. Die Proteste werden von nahezu allen Schichten der Bevölkerung getragen. Mit Nachdruck wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die demokratische Öffnung der jeweiligen Systeme gefordert.

Die gegenwärtigen Proteste beweisen, dass auch in den arabischen Staaten der Ruf nach demokratischen Reformen nicht zum Schweigen zu bringen ist und demontieren damit die angeblichen Konfliktlinien zwischen Demokratie und arabischer Welt. Eine sofortige Beendigung der Unterstützung für die autoritären Regime in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel kann zu einer tatsächlichen Demokratisierung des Maghreb und des Nahen und Mittleren Ostens beitragen und somit auch bestehende Konflikte entschärfen.

Die Bundesregierung solle im Rat der Europäischen Union aktiv werden, damit die Europäische Union einen grundlegenden Wechsel zu einer demokratischen und friedlichen Außenpolitik gegenüber den arabischen Staaten vollzieht, und im NATO-Rat darauf hinwirken, dass die Polizei- und Militärhilfe gegenüber Ländern mit autoritären Regimen in der arabischen Welt eingestellt wird sowie im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung der Gewalt in Ägypten, Algerien, Libyen, Jordanien, Jemen, Marokko und Saudi-Arabien gegen Oppositionelle, Demonstrantinnen und Demonstranten erwirken.

Die Bundesregierung solle den Export von Ausrüstungsgegenständen für Polizei-, Geheimdienst- und Gendarmeriekräfte in Länder mit autoritären Regimen untersagen, deren Ausfuhr erfassen und dem Bundestag hierüber regelmäßig Bericht erstatten sowie jegliche Hilfe bei der Einführung der Atomkraft in Drittstaaten, insbesondere solche Länder mit autoritären Regimen, einstellen, für die

Zukunft ausschließen und dies auch von der EU im Rahmen der euromediterranen Partnerschaft einfordern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Lebensmittelengpässe in der Region durch Hilfslieferungen abzumildern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4671 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Günter Gloser, Marina Schuster, Sevim Dağdelen und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4671** in seiner 90. Sitzung am 10. Februar 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Deutsche Bundestag solidarisiert sich mit den demokratischen Bewegungen weltweit.

Das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte zuerst in Tunesien und nun in Ägypten und vielen anderen Ländern der Region ermutigen Millionen Menschen in der Region zum Widerstand gegen ihre Regime. Die Proteste werden von nahezu allen Schichten der Bevölkerung getragen. Mit Nachdruck wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen und die demokratische Öffnung der jeweiligen Systeme gefordert.

Die gegenwärtigen Proteste beweisen, dass auch in den arabischen Staaten der Ruf nach demokratischen Reformen nicht zum Schweigen zu bringen ist und demontieren damit die angeblichen Konfliktlinien zwischen Demokratie und arabischer Welt. Eine sofortige Beendigung der Unterstützung für die autoritären Regime in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel kann zu einer tatsächlichen Demokratisierung des Maghreb und des Nahen und Mittleren Ostens beitragen und somit auch bestehende Konflikte entschärfen.

Die Bundesregierung solle im Rat der Europäischen Union aktiv werden, damit die Europäische Union einen grundlegenden Wechsel zu einer demokratischen und friedlichen Außenpolitik gegenüber den arabischen Staaten vollzieht, und im NATO-Rat darauf hinwirken, dass die Polizei- und Militärhilfe gegenüber Ländern mit autoritären Regimen in der arabischen Welt eingestellt wird sowie im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung der Gewalt in Ägypten, Algerien, Libyen, Jordanien, Jemen, Marokko und Saudi-Arabien gegen Oppositionelle, Demonstrantinnen und Demonstranten erwirken.

Die Bundesregierung solle den Export von Ausrüstungsgegenständen für Polizei-, Geheimdienst- und Gendarmeriekräfte in Länder mit autoritären Regimen untersagen, deren Ausfuhr erfassen und dem Bundestag hierüber regelmäßig Bericht erstatten sowie jegliche Hilfe bei der Einführung der Atomkraft in Drittstaaten, insbesondere solche Länder mit autoritären Regimen, einstellen, für die Zukunft ausschließen und dies auch von der EU im Rahmen der euromediterranen Partnerschaft einfordern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Lebensmittelengpässe in der Region durch Hilfslieferungen abzumildern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/4671 in seiner 39. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/4671 in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/4671 in seiner 29. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/4671 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4671 in seiner 31. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 16. März 2011

Philipp Mißfelder Berichterstatter	**Günter Gloser** Berichterstatter	**Marina Schuster** Berichterstatterin
Sevim Dağdelen Berichterstatterin	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333